

Bebauungsplan

Nr. II / J16

„Kleingartengelände bei Grosse-Wörmann“

Kleingartengelände bei Grosse-Wörmann

Jöllenberg

Satzung

Text

S a t z u n g

Über die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 16 der Gemeinde Jöllenbeck, Land- kreis Bielefeld

Auf Grund des § 10 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen, vom 28. Oktober 1952 (GS. NW. S. 167) sowie der Baunutzungsverordnung vom 26. Juni 1962 (BGBl. I S. 429) in Verbindung mit § 4 der ersten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 29. November 1960 (GV. NW. S. 433), wird folgende Satzung erlassen:

§ 1

Geltungsbereich

Für das Flurstück Nr. 187 der Flur 8, Gemarkung Jöllenbeck, wird ein Bebauungsplan nach § 9 BBauG beschlossen.

§ 2

Planbestandteile

Der Bebauungsplan besteht aus:
einem Text und einer Begründung

Der Bebauungsplan setzt durch Text fest:

- das Kleingartengelände und für das Kleingartengelände:
- die Art, Grösse und Gestaltung und Abstände der baulichen Anlagen,
- die baulichen Beschränkungen (Feuerstätten, Nichtunterkellerung, keine Stahlbetondecken,)
- die Nutzungsbeschränkung,
- die Art der Einfriedigung.

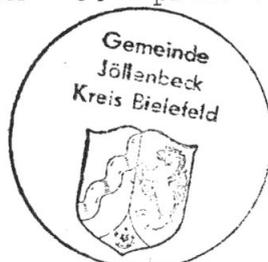
§ 3

Inkrafttreten

Die Satzung (Bebauungsplan) wird gemäss § 12 des Bundesbaugesetzes mit der Bekanntmachung der Genehmigung sowie Ort und Zeit der Auslegung des Bebauungsplanes rechtsverbindlich.

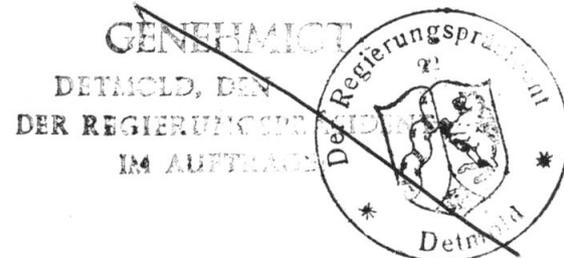
Jöllenbeck, den 6. April 1967


Bürgermeister




Ratsmitglied


Schriftführer



Genehmigt:

Der Regierungspräsident

Detmold, den 14. Aug 1967

Az.: 34.30.11/-03/J16

Im Auftrage:

Jen



Die Genehmigung ist bekannt-
gemacht, am:

Die Auslegung des genehmigten
Bebauungsplanes erfolgt

.....

Zimmer:

vom: bis:.....

Bebauungsplan Nr. 16 "Kleingartengelände bei
Grosse-Wörmann" der Gemeinde Jöllenbeck, Land-
kreis Bielefeld

T e x t

Der Bebauungsplan hat folgende Rechtsgrundlagen:

§§ 2 und 10 des Bundesbaugesetzes (BBauG) vom 23. Juni 1960
(BGBl. I S. 341),

§ 103 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauONW)
vom 25. Juni 1962 in Verbindung mit § 4 der 1. Verordnung zur
Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 29. Nov. 1960 und des
§ 9 (2) BBauG,

Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunut-
zungsverordnung) vom 26. Juni 1962 (BGBl. I S. 429).

Festsetzungen:

- 1) Die Errichtung von Gartenlauben in Dauerkleingärten ist mög-
lich, wenn sie von den Nachbargrenzen und den Strassen und We-
gen mindestens 3,00 m und von anderen Gebäuden mindestens 6,00
m entfernt errichtet werden,
- 2) Für einen Kleingarten ab 300 qm Grösse darf als einziges Bau-
werk nur eine Gartenlaube errichtet werden, die ein ungeteil-
ter Baukörper ohne Anbauten sein muss.
- 3) Die Grösse der geschlossenen Lauben darf 12,5 qm Grundfläche
(Aussenmass), die der offenen Vorlauben 4,5 qm Grundfläche nicht
überschreiten. Eine maximale Grösse von 14 qm kann gestattet
werden, wenn keine Vorlauben angebaut werden.

Die Traufenhöhe darf 2,30 m nicht übersteigen. Die Dachneigung
der Satteldächer darf 36°, die der Pultdächer 8° nicht über-
steigen.

- 4) Unterkellerungen sind unzulässig.
- 5) Die Wandflächen sind in unauffälligen Farbtönen zu halten.
Blech- und Dachpappeverkleidungen sind unzulässig.
Die Dacheindeckung darf nur in brauner bis schwarzer Tönung
ausgeführt werden. Teerpappen und Blecheindeckungen sind unzu-
lässig.

Zulässig sind jedoch grüne Bitumendacheindeckungen, wenn die
seitlichen Einfassungen in Form von Überhangstreifen, Kapp-
streifen usw. in Zinkblech sauber ausgeführt werden.

- 6) Die Errichtung von Feuerstätten, Stahlbetondecken, Steineisen-
decken, Wohn- und Aufenthaltsräumen, Verkaufsläden, gewerbli-
chen Anlagen und Lagerplätzen wird nicht gestattet.
- 7) Die Aufstellung und Anbringung von Reklametafeln jeglicher Art
und Grösse ist unzulässig.
- 8) Die Unterstellung von Personenkraftwagen und Lastkraftwagen
ist in den Gartenlauben unzulässig.
- 9) Einfriedigungen werden nur in Form von Spanndrahtzäunen bis
0,80 m Höhe und lebenden Hecken gestattet. Betonpfosten sind
unzulässig.

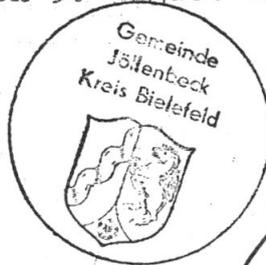
- 10) Die äussere Einfriedigung einer Gesamtkleingartenanlage kann in grünem Maschendraht bis 1,50 m Höhe mit grünen Stahlpfählen ausgeführt werden, wenn eine zusätzliche Heckenbepflanzung erfolgt.

Dieser Bebauungsplan ist gemäss § 2 (1) des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 - BGBl. I S. 341 - durch Beschluss des Rates der Gemeinde Jöllenbeck vom 5. August 1966 aufgestellt worden.

Im Auftrage des Rates der Gemeinde:

Jöllenbeck, den 5. August 1966

Kraemer
Bürgermeister



Wilmeyer
Ratsmitglied

Wone
Schriftführer

Dieser Plan hat als Entwurf einschliesslich des Textes und der Begründung gemäss § 2 (6) des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 - BGBl. I S. 341 - in der Zeit vom 8. November 1966 bis 9. Dezember 1966 ausgelegen.

Jöllenbeck, den 12. Dezember 1966



Jünemann
Amtsdirektor

Dieser Plan ist gemäss § 10 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 - BGBl. I S. 341 - und des § 4 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 28. Oktober 1952 - GS. NW. S. 167 - von der Gemeindevertretung als Satzung am 6. April 1967 beschlossen worden.

Jölllenbeck, den 6. April 1967

Kraemer
Bürgermeister



Fuchsriegel
Schriftführer

Offenbein
Ratsmitglied

Dieser Plan ist gemäss § 11 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 - BGBl. I S. 341 - mit Verfügung vom 14. Aug 1967 genehmigt worden.

Detmold, den 14. Aug 1967
Az.: 3430.21-03/216



Der Regierungspräsident
i.A.

Jend

Gemäss § 12 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 - BGBl. I S. 341 - sind die Genehmigung sowie Ort und Zeit der Auslegung vom 31. August 1967 bis 18. September 1967 ortsüblich bekanntgemacht worden. Der genehmigte Plan liegt ab 22. September 1967 - 22. Oktober 1967 öffentlich aus.

Jölllenbeck, den 20. September 1967



Jimmann
Amtssekretär